

Abstimmungen vom 25. September 2016

NEIN zur Volksinitiative „Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“



Natürliche Ressourcen wie Wasser, Luft, Boden oder Rohstoffe sind eine zentrale Grundlage für unsere Wohlfahrt. Heute verbrauchen die Menschen zu viele

natürliche Ressourcen. Weil Wirtschaft und Weltbevölkerung wachsen, nimmt der Druck auf die Umwelt weiter zu.

Die Initiative verlangt von Bund, Kantonen und Gemeinden, dafür zu sorgen, dass die Schweizer Wirtschaft die natürlichen Ressourcen aus dem In- und Ausland effizient nutzt und die Umwelt möglichst wenig gefährdet.

Nicht umsetzbar und unrealistisch

Das Kernanliegen der Initiative ist zwar begrüssenswert; das Ziel der Initiative würde Bund und Kantone dazu zwingen, die Wirtschaft einschneidend zu regulieren. 65% des heutigen Ressourcenverbrauchs müsste reduziert werden.

Schadet der Schweizer Wirtschaft

Die Schweizer Wirtschaft arbeitet effizient und umweltbewusst. Die Schweiz ist Weltmeister im Abfall sammeln und wiederverwerten. Die Initiative würde nur zu sinnloser Regulierung mit enormer Bürokratie führen.

Initiative ist konsumentenfeindlich

Der grüne Zwang, welcher die Annahme der Initiative zur Folge hätte, würde zu hohen neuen Umweltabgaben und Vorschriften führen.

JA zum Bundesgesetz über den Nachrichtendienst



Mit dem neuen Nachrichtendienstgesetz (NDG) soll die Sicherheit der Schweiz und ihrer Bevölkerung verstärkt werden. Die geltenden

gesetzlichen Grundlagen genügen nicht mehr, um die Sicherheit der Schweiz in ausreichendem Masse zu gewährleisten. Der Nachrichtendienst hat heute zu wenig Möglichkeiten, um eine Früherkennung oder eine gezielte Überwachung von Verdächtigen zu gewährleisten.

Neue Informationsbeschaffungsmittel (Eindringen in Computer, Einsetzen von Wanzen und Kabelaufklärung) darf der Nachrichtendienst nur bei einer schweren Bedrohung einsetzen.

Die Grundrechte der einzelnen Bürgerinnen und Bürger bleiben gewahrt. Personendaten dürfen weiterhin nicht verwendet werden, wenn sie keinen Zusammenhang mit der Bedrohungslage haben.

Abstimmungsparolen vom 25. September 2016

National:

NEIN zur Volksinitiative „Für eine nachhaltige und ressourcen-effiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“

JA zum Bundesgesetz über den Nachrichtendienst

NEIN zur Volksinitiative „AHVplus: für eine starke AHV“

Kantonal:

NEIN zur Volksinitiative „Für faire Unternehmenssteuern“

Agenda

C-Plus und Chargierten Anlass

Freitag, 30. September 2016, 18.30 Uhr

Partei- und Generalversammlung

Dienstag, 15. November 2016, 19 Uhr

Gemeindeversammlung

Dienstag, 29. November 2016, 20 Uhr

Bitte reservieren Sie sich diese Termine schon heute.

Wir freuen uns über rege Teilnahme an unseren Anlässen.

NEIN zur Volksinitiative „AHVplus: für eine starke AHV“



Der schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) will mit seiner Volksinitiative „AHVplus: für eine starke AHV“ die Altersrenten der AHV generell um 10 % erhöhen. Die heutigen Renteneinkommen würden in vielen Fällen nicht mehr für ein anständiges Leben im Alter reichen, so die Initianten. Die erste Säule, die AHV, müsse deshalb gestärkt werden.

Die Kosten der Initiative werden derzeit mit 4,1 Milliarden Franken veranschlagt. 2030 wird mit 5,5 Milliarden Franken Mehrkosten pro Jahr gerechnet. Der Initiativtext schreibt die Finanzierung nicht vor. Jedoch wird von den Initianten eine Finanzierung über die Lohnprozente vorgeschlagen: Arbeitnehmer und Arbeitgeber müssten je 0,4 Prozent mehr einbezahlen.

AHV sichern statt gefährden

2014 hat die AHV mehr ausgegeben als eingenommen. Das heisst: immer mehr Pensionierte bekommen eine AHV-Rente, während immer weniger Berufstätige Beiträge dafür bezahlen. Um die Renten zu sichern, braucht es eine Gesamtreform der Altersvorsorge und nicht eine pauschale Rentenerhöhung für alle. Die Initiative gefährdet die laufende Reform der Altersvorsorge 2020, welche beide Säulen berücksichtigt und eine umfassende Sanierung ermöglicht.

Pauschale Rentenerhöhungen kosten Milliarden

Mit der Initiative sollen alle Rentnerinnen und Rentner zehn Prozent mehr AHV erhalten – egal ob sie finanziell darauf angewiesen sind oder nicht. Diese Verteilung nach dem Giesskannenprinzip ist unsolidarisch und teuer.

Keine Experimente auf dem Buckel der kommenden Generationen

Laut Initianten sollen die höheren Renten die Berufstätigen und Arbeitgeber über höhere Beiträge bezahlen. Da die aktuellen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Renten bezahlen, müsste also die aktive Bevölkerung die Last der höheren Beiträge tragen. Es darf nicht sein, dass diese Milliarden einfach auf die Kreditkarte der Jungen gebucht werden. Das ist kurzsichtig und unfair. Denn heute sind mehr junge Familien von Armut betroffen als Rentner.

Von der Initiative profitieren die Falschen

Wem die Rente nicht ausreicht, wird mit Ergänzungsleistungen unterstützt. Das ist richtig so. Wenn die AHV-Renten um 10 Prozent steigen würden, würden die EL entsprechend gekürzt. Und im Gegensatz zu den EL müsste die AHV-Rente versteuert werden. Die Rentnerinnen und Rentner der unteren Einkommen mit bescheidener Vorsorge hätten zum Schluss nicht mehr im Portemonnaie als zuvor.

NEIN zur Volksinitiative „Für faire Unternehmenssteuern“



Die Volksinitiative verlangt, dass die auf 2012 vorgenommene Halbierung des Gewinnsteuersatzes für Unternehmen zur Hälfte rückgängig gemacht wird. Der Gewinnsteuersatz je Steuereinheit soll von 1.5 auf 2.25% des Reingewinns erhöht werden. Ziel der Initiative ist es, dass auch die Unternehmen einen angemessenen Beitrag zur Wiederherstellung des Haushaltgleichgewichts des Kantons Luzern leisten müssen, nicht nur die Einwohnerinnen und Einwohner.

Die bürgerlichen Parteien lehnen die Initiative mit folgenden Argumenten ab:

- Drei Viertel der Steuerentlastungen der letzten zehn Jahre kamen den natürlichen Personen zugute.
- Der Kanton wird als Wirtschaftsstandort empfindlich geschwächt.
- Unternehmen werden nicht mehr wie in den vergangenen Jahren zuziehen, sondern wegziehen, was sich direkt auf die Arbeitsplätze im Kanton auswirken werde.
- Die bevorstehende Unternehmenssteuerreform III des Bundes werde die Kantone dazu drängen, die Unternehmenssteuern tief zu halten; hier hat sich der Kanton Luzern bereits eine gute Ausgangslage erarbeitet, die es zu nützen gilt.